

Text

1 6.1 Kommunale Daseinsvorsorge stärken

2 Wichtigster Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung ist die Sicherstellung
3 vieler öffentlicher Leistungen für die Bürger*innen. Politische Entscheidungen
4 in der Kommune sind von existentieller Bedeutung für das Wohlergehen der
5 Menschen: Gesundheitswesen, Krankenhäuser, Kinderbetreuungseinrichtungen,
6 Schulen, Sport- und Freizeiteinrichtungen, Mobilität, Alteneinrichtungen und
7 ambulante Dienste, Feuerwehr, Friedhöfe, Wasser- und Energieversorgung,
8 Müllentsorgung, Öffentlicher Personennahverkehr, Landschaftspflege, all dies
9 sind Aufgaben der Kommunalpolitik, mit denen sie unmittelbar Einfluss auf die
10 Lebensqualität der Bürger*innen nimmt. Die kommunale Trinkwasserversorgung muss
11 erhalten bleiben.

12 6.2 Kinder und Familien ins Zentrum rücken

13 Nur eine kinderfreundliche Gemeinde ist auch eine zukunftsfähige Gemeinde.
14 Deshalb muss kommunale Familienpolitik einen höheren Stellenwert erhalten. Für
15 eine Kommune ist Kinder- und Familienfreundlichkeit ein wichtiger
16 Standortfaktor. Regionen, denen es nicht gelingt, ein familienfreundliches Klima
17 zu schaffen, haben auf lange Sicht auch wirtschaftlich das Nachsehen. Die
18 Gestaltung eines attraktiven Lebensraumes für Familien mit Kindern sichert die
19 wirtschaftliche, kulturelle, soziale und solidarische Zukunftsfähigkeit einer
20 Kommune.

21 Wir GRÜNEN im Landkreis setzen uns ein für einen flächendeckenden, schnellen
22 Ausbau des Betreuungsnetzes, insbesondere der Kinderkrippen. Die Finanzierung
23 muss die drei Säulen Öffnungszeiten (auch während der Ferienzeiten), Anzahl der
24 Kinder und Qualität ausreichend berücksichtigen und krankheitsbedingte
25 Fehlzeiten des Personals absichern. Die Gruppenstärken wollen wir reduzieren.
26 Für den Betrieb der Kindertagesstätten in den Kommunen ist daher eine deutlich
27 bessere staatliche Förderung notwendig.

28 7.3 Bezahlbaren Wohnraum schaffen

29 Der demografische Wandel, die Erfordernisse der Energiewende und des
30 Klimaschutzes stellen den Wohnungsmarkt und das Mietrecht vor große Aufgaben.
31 Insgesamt ist die Lage in unseren Landkreiskommunen unterschiedlich. So steigen
32 die Mieten und Wohneigentumspreise in einigen Kommunen überdurchschnittlich,
33 während anderswo Wohnraum leer steht. In unserem Landkreis werden viele ältere
34 Menschen bald altersgerechte, barrierefreie und energetisch sanierte Wohnungen
35 suchen, die es bislang kaum gibt. Auch im Landkreis Roth fällt es vielen
36 Familien mit Kindern schwer, bezahlbare Wohnungen zu finden. Wir GRÜNE werden in
37 den Kommunen eine Leerstandskartierung initiieren, den Bestand an sozialem
38 Wohnraum ausbauen, sowie die Verdrängung von Altmietern vermeiden. Wir fordern
39 mehr Mittel von Bund und Land zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Wir
40 unterstützen Bauherrengemeinschaften, Genossenschaften sowie alternative
41 Mehrgenerationen-Wohnprojekte und gemeinschaftliche Wohnformen.

42 7.4 Bürgerschaftliches Engagement: Mitreden, Mitentscheiden, Mitgestalten

43 Eine moderne Kommunalpolitik nutzt die Chancen, die in der Mitsprache der
44 Bürgerinnen und Bürger bei wichtigen Entscheidungen liegen. Es gilt ein Umfeld
45 zu schaffen, in dem ehrenamtliches Engagement begünstigt wird: durch
46 Qualifizierungsangebote für die Ehrenamtlichen, Bereitstellung von Räumen, durch
47 frühzeitige Information, durch Bürgerbefragungen und Bürgerversammlungen. Wir
48 GRÜNE werden die Menschen in den Städten und Gemeinden in kommunale
49 Entscheidungen aktiv einbinden, damit die Bürger*innengesellschaft mit Leben
50 erfüllt wird.

51 7.5 Lebenswert für alle

52 Wir GRÜNE setzen uns für ein Gesellschaftsideal ein, in dem alle Menschen
53 gleichberechtigt und selbstbestimmt miteinander leben und an allen Aktivitäten
54 selbstverständlich teilhaben können. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die frei
55 von Barrieren, Vorurteilen und Diskriminierungen ist. Soziale Leistungen, ob bei
56 Krankheit, Behinderung oder im Alter sind dezentral und bedarfsgerecht zu
57 gestalten.

58 7.6 Integration gestalten

59 Wir GRÜNE treten ein für die Schaffung von Integrationsbeiräten in den Kommunen
60 und für stärkere Mitwirkungsmöglichkeiten für die vielen bei uns lebenden
61 Bürgerinnen und Bürger ohne Wahlrecht. Integration und die bessere Förderung von
62 Kindern mit Einwanderungsgeschichte kann nur zusammen mit deren Eltern gelingen.

63 Miteinander leben – voneinander lernen

64 Ein gleichberechtigtes Miteinander von Deutschen und Migrant*innen ist
65 wesentliches Ziel GRÜNER Kommunalpolitik. Ein friedliches Zusammenleben
66 verschiedener Kulturen bereichert unser gesellschaftliches Leben. Wir GRÜNE
67 fordern Integrationsmaßnahmen, Beratung und Deutschkurse. Kindergarten, Schule
68 und Hochschule sollen in besonderem Maße zur Integration beitragen.

69 Demokratie und Teilhabe müssen sich auch an der Wahlurne bemerkbar machen. Wir
70 wollen kommunale Mitbestimmung auch allen Mitbürger*innen aus Drittstaaten
71 ermöglichen. Deshalb setzen wir uns landesweit für ein kommunales Wahlrecht für
72 hier lebende Ausländer*innen aus einem Nicht-EU-Staat ein.

73 7.7 Gleichstellung bedeutet Gerechtigkeit

74 Seit vielen Jahren machen wir uns für eine gelebte Gleichstellung von Männern
75 und Frauen stark. Wir unterstützen Projekte, die konkret auf das Ziel
76 hinarbeiten, Frauen wie Männern eine berufliche Karriere und Familie zu
77 ermöglichen. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, Gewalt gegen Frauen als
78 unterschätztes Problem öffentlich zum Thema zu machen und zeitgleich den Frauen
79 einen Schutzraum zu bieten. Hierzu werden wir eng mit Frauenberatungsstellen
80 zusammenarbeiten.